

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1989)
Heft: 3: Elektrohaushalt : Kochherd : Kühlschrank : Waschmaschine
Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Seit drei Jahren warten die Einwohner von zwölf Dörfern im westrussischen Gebiet Brjansk vergeblich darauf, wegen radioaktiver Verstrahlung ihrer Region nach der Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl umgesiedelt zu werden. Wie die Zeitung «Sowjetskaja Rossija» am 9. August berichtete, dürfen die Menschen wegen der Verstrahlung weder ihre Felder bestellen noch sind ihre Sportanlagen benutzbar. Die Bevölkerung werde mit Lebensmitteln aus anderen Gebieten versorgt. Die örtlichen Behörden hätten die Dorfbewohner immer wieder getröstet, obwohl die Krankheiten bei Mensch und Tier zugenommen hätten, schrieb die Zeitung weiter. Herz- und Gefässerkrankungen sowie Schilddrüsenkrebs hätten sich in dieser Region auffällig vermehrt oder seien überhaupt zum erstenmal aufgetreten. NZZ, 10.8.89

Nach mehr als 30 Jahren hat die Sowjetunion am 16. Juni erstmals bestätigt, dass sich 1957 im Südural ein schwerer Atomunfall ereignete. Entsprechende Berichte waren schon seit Jahren im Westen zirkuliert, doch hüllte sich Moskau bisher dazu in Schweigen. Jetzt meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass entgegen bisherigen westlichen Vermutungen, das Unglück habe keine Menschenleben gefordert, doch sei eine Massenevakuierung notwendig geworden. Tass zitierte den Ersten Stellvertretenden Minister für Mittleren Maschinenbau, Boris Nikipelow, mit den Worten, im September 1957 habe sich bei der Stadt Kasli im Südural eine «chemische Explosion» ereignet. Nikipelow sagte an einer Pressekonferenz, in einem militärischen Betrieb zum Bau von Atomwaffen sei ein Tank mit radioaktivem Abfall explodiert. Dabei seien radioaktive Partikel in die Umwelt gelangt. Eine radioaktive Wolke habe sich über fast 1000 Quadratkilometer ausgebreitet. Mehr als 10000 Personen seien eilig aus dem verseuchten Gebiet evakuiert worden. Der Unfall sei bisher geheimgehalten worden, weil er sich in einem Militärbetrieb ereignete, hiess es in dem Bericht. NZZ, 19.6.89

Ein erst jetzt bekanntgewordener Bau einer Endlagerstätte für Brennstäbe aus Kernkraftwerken der Ostblock-Staaten hat im sibirischen Krasnojarsk heftige Proteste der Bevölkerung hervorgerufen. Im geplanten Lager sollen radioaktive Abfälle in verflüssigter Form durch Rohre in Lehmschichten 700 Meter unter den Jenissej-Fluss gepumpt werden. Namhafte Wissenschaftler behaupten, dass das Jenissej-Tal, in dem die flüssigen Abfälle unterirdisch gelagert werden sol-

len, an der grössten transkontinentalen Bruchlinie zwischen der Sibirischen und der West-Sibirischen Platte liegt. An der Trennlinie besteht eine reale Erdbebengefahr. VR, 12.7.89

Die chinesischen Behörden haben am 5. August erstmals Angaben über Tote und Verletzte bei Unfällen mit radioaktivem Material gemacht. Die englischsprachige Tageszeitung «China Daily» berichtete, zwischen 1980 und 1985 seien 20 Personen bei Atomunfällen ums Leben gekommen und 1200 verletzt worden. Die Zeitung berief sich auf einen Mitarbeiter des staatlichen Umweltschutzamtes, Luo Guozhen. Luo sagte, Unwissenheit über die Gefährlichkeit von radioaktivem Material habe zahlreiche Unfälle verursacht. Ferner beschuldigte er Betriebsleiter, die Vorschriften für die Lagerung und Entsorgung von Atommüll nicht zu beachten. Die Regierung plane den Bau von weiteren Anlagen zur Entsorgung des radioaktiven Abfalls, teilte er weiter mit. Die Zeitung schrieb, mit dem Bau von acht Anlagen sei bereits begonnen worden. Sie zitierte Luo mit den Worten, die Anlagen seien notwendig für die Entsorgung des Atommülls aus rund 1000 Industriebetrieben und Forschungslabors. In China sind keine Atomkraftwerke in Betrieb, der radioaktiv verseuchte Müll wird vor allem vom Militär sowie in Krankenhäusern und wissenschaftlichen Einrichtungen produziert. NZZ, 7.8.89

Katastrophale Zustände herrschen in den Atomwaffenfabriken und nuklearen Forschungszentren der USA. Ungeschützt gelagerte Atomwaffenkomponenten, Sicherheitsvorschriften, die nur auf dem Papier stehen, regelmässige Unfälle mit radioaktiven Verseuchungen von Mensch und Umwelt, illegale Abfallbeseitigungen, Rauschgifthandel und anderes mehr deckte das FBI und eine vom US-Repräsentantenhaus eingesetzte Untersuchungskommission auf. Nach dreijähriger Arbeit legte die Kommission am 19. Juni ihren Bericht vor und liess kein gutes Haar an der Sicherheit der Atomwaffenzentren des Landes. taz, 21.6.89

Die staatliche französische Elektrizitätsgesellschaft «Electricité de France» EdF erwägt derzeit erstmals den völligen Baustopp für Atomkraftwerke in Frankreich. Überkapazitäten und ein Schuldenberg von rund 70 Milliarden DM zwingen mittlerweile den grössten Stromproduzenten der Welt zum Umdenken. Nach einer Entscheidung des Aufsichts-

rats vom 7. Juli will es die EdF der französischen Regierung überlassen, zwischen zwei Hypothesen zu wählen. Die eine Variante sieht vor, den Bauauftrag für einen neuen Atomreaktor in Civaux bei Vienne (Mittelfrankreich) ein weiteres Jahr hinauszuschieben. Seit zwei Jahren bereits sind alle AKW-Bauaufträge bei der EdF auf Eis gelegt. Der weitere Aufschub des vorliegenden Auftrags ist in diesem Jahr ein letztes Mal möglich. Andernfalls würde im Bauprogramm des französischen AKW-Herstellers Framatome ein nicht zu schliessendes Auftragsloch entstehen. Die zweite Hypothese, die die EdF der Regierung vorschlägt, ist der schlichte Verzicht auf weitere Atomkraftwerke. Die Weiterführung des Bauprogramms im geringstmöglichen Tempo kostet die EdF jährlich annähernd 300 Millionen DM. taz, 10.7.89

ENERGIE SZENE

Mit der Aufstellung eines Fragenkataloges an die französischen Elektrizitätswerke (Electricité de France - EdF) ging am 21. Juli in Paris die zweite Sitzung der internationalen Gutachterkommission zur Überprüfung des Atomkraftwerks Fessenheim zu Ende. Auf der Tagesordnung standen diesmal die Entwicklung der Haarrisse am Druckbehälter, der Zustand des Primärkreislaufes und die Durchlässigkeit der Verschalung (containment) des zwölf Jahre alten Atommeilers. Für die Kraftwerksbetreiber steht dabei einiges auf dem Spiel: Der Reaktor in Fessenheim ist der älteste der sogenannten 900-Megawatt-Serie, von denen in Frankreich derzeit rund 30 Stück in Betrieb sind. Sollten sich bei der Untersuchung gravierende Mängel herausstellen, dann könnte das weitreichende Folgen für grosse Teile des französischen Nuklearkontexts haben. Dass in Frankreich erstmals eine internationale Gutachterkommission zur Überprüfung eines Atommeilers zugelassen wurde, hängt, so hochrangige Vertreter

der französischen Nuklearwirtschaft unlängst auf einer Konferenz in Paris, nicht zuletzt mit dem grossen Vertrauensverlust in die französische Atompolitik nach der Katastrophe von Tschernobyl zusammen. Bis Ende August will die Expertenkommission ihren abschliessenden Bericht vorlegen. taz, 24.7.89

Die grösste Atommülldeponie der Welt bauen die Franzosen 170 Kilometer östlich von Paris. In der betroffenen Region – eine der ärmsten Frankreichs – regt sich kein Widerstand. Die staatliche Atom-müllbehörde baut im Wald neben Sou-laines-Dhuys die grösste Atommülldeponie der Welt. Eine Million Kubikmeter schwach radioaktiver Müll wird dereinst aus allen Atomanlagen Frankreichs dort gestapelt, in Fässern verpackt. Die Bauarbeiten auf dem Gelände schreiten zügig voran. Ab 1991 werden während dreissig bis vierzig Jahren täglich 300 Lastwagen den strahlenden Müll in den Wald hinter Soulaines karren. Die Fässer auf den 20 mal 40 Meter grossen Teilarealen werden mit einer Dichtungsfolie überzogen, mit Humus überdeckt und bepflanzt. Nach einer 300jährigen Überwachungsphase soll die Radioaktivität der Umgebungstrahlung entsprechen. VR, 15.8.89

In bundesdeutschen Atomkraftwerken ist es im Jahr 1988 zu 296 sogenannten «besonderen Vorkommnissen» (Störfällen) gekommen. Davon gehörten zehn in die zweithöchste Kategorie E wie «Eilt», 283 in die Stufe N wie «Normal», drei geschahen vor der Inbetriebnahme des Kraftwerks und fielen damit in die Kategorie V. Unfälle der höchsten Kategorie S wie «Sofort» hat es demnach in der Bundesrepublik bislang noch nicht gegeben. Diese Zahlen gehen aus einem entsprechenden Bericht des Bundesumweltministeriums vom 4. Juli hervor. taz, 5.7.89

Der Einsatz von Leiharbeitern in Atomkraftwerken und anderen atomtechnischen Anlagen soll in Hessen demnächst nicht mehr zulässig sein. Wie der Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit, Karlheinz Weimar (CDU), in Wiesbaden erklärte, werde derzeit ein Erlass vorbereitet, der sicherstellen soll, dass in Zukunft nur noch das Stammpersonal einer Nuklearfirma für Arbeiten in atomtechnischen Anlagen eingesetzt wird. Mit seiner Entscheidung will der hessische Umweltminister eine erste Konsequenz aus dem Fall Demirci gezogen haben. Der Leihar-

beiter türkischer Nationalität ist nach jahrelanger Arbeit sowohl bei der Alkem in Hanau als auch bei den Firmen RBU I und RBU II in Hanau und Karstein (Bayern) an Krebs erkrankt. Demirci war von der Hanauer Gebäudereinigungsfirma Böhm in den Nuklearfirmen eingesetzt worden. taz, 30.6.89

Wie aus einem Antrag des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit in Mainz an die rheinland-pfälzische Datenschutzkommission hervorgeht, beabsichtigt das Ministerium, die personenbezogenen Daten von rund 70 000 Einwohnern gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das AKW Mühlheim-Kärlich den Betreiberfirmen zur Verfügung zu stellen. Hintergrund des Vorgangs ist eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom September letzten Jahres, durch die die 1. Teilgenehmigung des AKWs, das schon längst fertiggestellt ist, für rechtswidrig erklärt wurde. Dadurch wurde ein neuerliches Genehmigungsverfahren notwendig, in dessen Rahmen nun öffentliche Einwendungen erhoben werden konnten. Die Einwendungen gehen an das zuständige Umweltministerium, das für die Durchführung des Erörterungstermins im Herbst verantwortlich ist. Angeblich zur Vereinfachung will das Ministerium die Einwendungen EDV-mässig erfassen lassen und zur Vorabklärung den Betreiberfirmen RWE, Asea Brown Boveri AG ABB, Reaktor GmbH und der Bau-firma Hochtief AG zur Verfügung stellen. taz, 11.7.89

Die Nuklearbetriebe der Siemens AG in Hanau werden künftig für die bundesdeutschen Atomreaktoren jährlich etwa 100 Tonnen Mischoxid-Brennstoff herstellen können. Wenn die endgültige Genehmigung für die neue Anlage des Siemens-Brennelementwerks der ehemaligen Firma Alkem voraussichtlich im nächsten Jahr erteilt sei, könne mit dieser Menge an sogenannten [Mischoxid]-Brennelementen aus einem Uran-Plutonium-Gemisch der komplette Bedarf der deutschen Atommeiler gedeckt werden, berichtete ein Sprecher der Nuklearbetriebe in Hanau. Die Firma Siemens, die nach dem Skandal um die Verschiebung von Atom-müllfässern die Alkem zu hundert Prozent übernahm, habe derzeit eine Genehmigung für eine Umgangsmenge von 460 Kilogramm Plutonium. Mit der endgültigen Genehmigung, die der hessische Umweltminister Karlheinz Weimar (CDU) für 1990 in Aussicht gestellt habe, sei dann eine Umgangsmenge von 2,5 Tonnen Plutonium verbunden, erläuterte

der Firmensprecher. Dieses Plutonium, das aus abgebrannten Brennelementen in der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague gewonnen wird, solle dann in die Mischoxid-Brennstoffe eingearbeitet werden. taz, 29.7.89

Grossbritannien und die BRD streben eine engere Zusammenarbeit bei der Atomenergie an. Damit erfolgt eine politische Absicherung für eine Aufbereitung von Uranmaterial aus deutschen Atommeilern in der britischen Anlage Sellafield, wie sie von der Stromwirtschaft in der BRD erwogen wird. Als Voraussetzung für das Aus der umstrittenen atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf hatte Bonn bereits Anfang Juni mit der französischen Regierung eine umfassende Kooperation auf dem Atomenergiesektor vereinbart. Das Konzept von Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Umweltminister zielt generell auf eine Europäisierung des nuklearen Brennstoffkreislaufs. Dabei soll die Aufbereitung der abgebrannten Brennstäbe aus den deutschen AKWs sowohl in der französischen Anlage La Hague als auch in Sellafield erfolgen. Vereinbarungen der Stromwirtschaft mit den beiden Anlagebetreibern, der französischen Cogema und des britischen Atomkonzerns BNFL, müssen allerdings noch getroffen werden. taz, 13.7.89

Wenn die bundesdeutschen Endlager für radioaktive Abfälle irgendwann ihren Betrieb aufnehmen, kommt der Verkehr auf Schiene und Strasse erst so richtig in Schwung. Die Atom-mülltransporteure gehen goldenen Zeiten entgegen. Dies geht aus den vorläufigen Ergebnissen einer Studie über die zu erwartenden Atomtransporte zum Endlager Konrad bei Salz-gitter hervor, an der gegenwärtig die «Gesellschaft für Reaktorsicherheit» GRS in Köln im Auftrag des Bundesumweltministeriums arbeitet. Bei ihren vorläufigen Schätzungen kommt die GRS auf eine Gesamtzahl von 137 500 strahlenden «Transporteinheiten» – je Einheit ein Container oder ein bis drei Beton- bzw. Gussbehälter, die in der erwarteten Betriebsdauer von 40 bis 50 Jahren zum Lager Konrad geschafft werden sollen. Das macht 1360 Eisenbahnwaggons und 680 LKWs pro Jahr. Durchschnittlich drei Bundesbahnwaggons und zwei LKWs werden also [täglich] durch die Bundesrepublik auch aus dem französischen La Hague Richtung Salz-gitter unterwegs sein. taz, 7.8.89

NZZ Neue Zürcher Zeitung, VR Volksrecht, taz Tageszeitung